

Fadegrad



von Roland Scheck

Bürgerliche Verkehrsbehinderung

Wie erklärt man der Bevölkerung, dass sie 130 Millionen Franken bezahlen soll, um die wichtigste Ein- und Ausfallsache des Landes lahmzulegen? Dem Husarenstück stellte sich ein Pro-Komitee zum Hardbrücke-Tram. Auf dem Briefpapier des Vereins zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich (VÖV) lud man die Medien zur Audienz ein. Flankiert wurde der VÖV-Präsident durch je einen Grünen und einen SP-Vertreter, welche beide den Kampf gegen das Auto zum Beruf gemacht haben. Wohlwissentlich, dass ihre Ideologien nicht überall auf Verständnis stossen, schob das Trio einen FDP-Vertreter vor, welcher dem arbeitenden Teil der Bevölkerung die 130 Millionen Franken teure Verkehrsbehinderungsmassnahme schmackhaft machen sollte.

Dieser legte auch gleich los wie s Bisiwätter. «Gerade aus bürgerlicher Sicht und im Interesse der Wirtschaft müsste der Vorlage dringend zugestimmt werden», war seine Botschaft. Weshalb 130 Millionen Franken für 700 Meter Tram gerade aus bürgerlicher Sicht etwas Erstrebenswertes ist, blieb allerdings ungeklärt. So auch die Frage, weshalb eine empfindliche Kapazitätsreduktion der Nord-West-Achse im Interesse der Wirtschaft sein soll. Weiter bezeichnete der entfesselte FDP-Tausendsassa, die Kosten pro Meter zu berechnen – wie es die SVP tut – als «dilettantisch». Womit alle Handwerker, Bauherren und Ingenieure auch noch etwas dazulernen können: Das Operieren mit einem Preis pro Masseinheit ist «dilettantisch».

Wo die substanziellen Argumente fehlen, kann auch kein aussagekräftiger Abstimmungsflyer entstehen. Im Pro-Flyer ist zu lesen: Die Tramverbindung Hardbrücke «stärkt den Kanton Zürich als attraktiven Standort mit leistungsfähigen Verkehrsinfrastrukturen». Alles klar? Allerdings wird sich die Hardbrücke nach dem Bau des Trams aus dem Katalog der «leistungsfähigen Verkehrsinfrastrukturen» verabschieden müssen. Weiter ist zu lesen: Die Tramverbindung Hardbrücke «ermöglicht viele neue Direktverbindungen und kürzere Reisezeiten». Welche denn? Nun ja, überlassen wir die Beurteilung dieses angeblichen Vorzugs doch der Bevölkerung von Zürich West und Grünaul Werdhölzli, deren geschätztes Tram 17 – eine Direktverbindung in die Innenstadt – mit dem Hardbrücke-Tram durch eine wenig attraktive Tangentiallinie ersetzt werden wird.

130 Millionen Franken für 700 Meter Tram. Die Tramverbindung Hardbrücke ist die teuerste Verkehrsbehinderungsmassnahme der Welt. Weshalb bei diesem skandalösen Vorhaben an vorderster Front ein FDP-Vertreter mitschwadroniert und nicht müde wird, gegen die SVP zu gifteln, muss man ja nicht zwingend verstehen. Aber ernst nehmen muss man es auch nicht. Denn wer dieses Vorhaben als bürgerliches Anliegen und im Interesse der Wirtschaft bezeichnet, hat ein veritables Glaubwürdigkeitsproblem.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Neue Bildungsreform führt zu Kostenexplosion

Im Gemeinderat wurde eine Weisung zum Sozialdepartement behandelt. Kostensparen ist dem links/grünen Gemeinderat ein grosses Fremdwort.



Peter Schick
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Beim Schulsystem von früher konnten auch schwächere Schüler eine verkürzte Lehre, eine sogenannte Anlehre, absolvieren. Auch bestand die Möglichkeit, bei Staatsbetrieben eine Monopolausbildung zu absolvieren, die bedeutend kürzer war, als die heutige Lehre. Von diesen Angeboten machten Tausende von Jugendlichen Jahr für Jahr Gebrauch. Viele Jugendliche schafften so den Berufseinstieg und konnten sich erfolgreich im Berufsleben positionieren. Einige davon haben sich weitergebildet und bekleiden heute wichtige Positionen in Wirtschaft, Gewerbe und der öffentlichen Verwaltung. Mit dem vierten Berufsbildungsgesetz von 2004 sind die Hürden für den Berufseinstieg markant erhöht worden, sodass immer mehr Jugendliche Mühe haben, ins Berufsleben einzusteigen. Viele von ihnen landen heute in einem Arbeitsintegrationsprogramm des Sozialdepartements der Stadt Zürich, weil sie die Hürden für den Berufseinstieg nicht schaffen. Dieser Umstand ist für die Würde der betroffenen Person nicht förderlich und schwächt deren Selbstbewusstsein.

Massgebend für die städtische Arbeitsintegration ist der Gemeindebeschluss zur «Förderung und Unterstützung der Arbeitsintegration von Jugendlichen und Erwachsenen» vom 13. Juni 2010. Dieser ist mit 82 Prozent von den Stimmberechtigten der Stadt Zürich angenommen worden. Dieser Beschluss ersetzt alle vorgängigen Gemeindebeschlüsse und stellte die Arbeitsintegration auf eine zeitgemässe und finanzrechtlich klare Rechtsgrundlage. Der Schweizer Wirtschaft und dem Schweizer Arbeitsmarkt geht es, verglichen mit den europäischen Nachbarländern, gut. Eine Rezession hat bisher nicht stattgefunden und die Arbeitslosenzahlen bleiben auf vergleichsweise tiefem Niveau stabil.

Bezüglich Arbeitsintegrationsbedarf für Jugendliche ist festzuhalten, dass der grösste Teil der rund 40000 Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren in der Stadt Zürich, laut Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 2013, die Sekundarstufe I + II oder das Studium selbstständig, d. h. im Rahmen der üblichen Unterstützung durch Eltern, Schule und Berufsberatung durchläuft.

Die Erfahrung zeigt, dass für 3 bis 4 Prozent der Jugendlichen (d. h. 1200 bis 1600 Personen) die Hürden für einen Berufseinstieg zu hoch sind und sie landen dann in einem Arbeitsintegrationsprogramm. Weitere 2 bis 3 Prozent der Jugendlichen entziehen sich diesen Massnahmen. Ein Teil von ihnen findet Arbeit und absolviert gar keine Lehre. Der Rest bleibt ohne Beschäftigung und gelangt früher oder später in die Sozialhilfe. Deshalb steigen auch die Ausgaben für die externen Arbeitsintegrationsprogramme, die Gegenstand dieser Weisung sind, Jahr für Jahr. So haben diese 2005 Fr. 27000.– und 2014 bereits Fr. 3,4 Mio. betragen. Dabei handelt es sich um eine Verschiebung von der Berufswelt (höhere Hürden für einen Einstieg) Richtung Arbeitsintegrationsprogramme, die direkt mit dem neuen Berufsbildungsgesetz von 2004 in Zusammenhang gebracht werden muss. Deshalb braucht es hier einen Gegenruck. Denn nur mit dem Kostendruck auf die Arbeitsintegrationsprogramme wird sich die Stadt Zürich dazu bewegen lassen, beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI zu intervenieren, um eine Anpassung der Sekundarschule II an die Bedürfnisse der Jugendlichen, zum Beispiel durch Einführung von modularen Bildungsgängen, zu erwirken.

Wer hängen bleibt

Die Akademisierung der Berufswelt haben wir vor allem den Linken zu verdanken. Bis 2003 hat das System gut funktioniert und es kostete einen Bruchteil von heute, bezogen auf die Stadt Zürich. Heute entrichtet die Stadt Beiträge von fast vier Millionen Schweizerfranken jährlich für externe Arbeitsintegrationsprogramme. In diesem Beitrag sind die internen Programme nicht miteinberechnet. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion die Weisung ab. Roberto Bertozzi war mit unseren Kürzungsanträgen bei den Dispositivpunkten in der Minderheit. Die Weisung wurde vom links/grünen Gemeinderat mit grosser Mehrheit angenommen. Von Sparen keine Spur.

Die Akademisierung der Berufswelt haben wir vor allem den Linken zu verdanken. Bis 2003 hat das System gut funktioniert und es kostete einen Bruchteil von heute, bezogen auf die Stadt Zürich. Heute entrichtet die Stadt Beiträge von fast vier Millionen Schweizerfranken jährlich für externe Arbeitsintegrationsprogramme. In diesem Beitrag sind die internen Programme nicht miteinberechnet. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion die Weisung ab. Roberto Bertozzi war mit unseren Kürzungsanträgen bei den Dispositivpunkten in der Minderheit. Die Weisung wurde vom links/grünen Gemeinderat mit grosser Mehrheit angenommen. Von Sparen keine Spur.

Deshalb lehnt die SVP-Fraktion die Weisung ab. Roberto Bertozzi war mit unseren Kürzungsanträgen bei den Dispositivpunkten in der Minderheit. Die Weisung wurde vom links/grünen Gemeinderat mit grosser Mehrheit angenommen. Von Sparen keine Spur.

Einladung zur öffentlichen Veranstaltung

Nein zur Abzockerei in Altersheimen!
Nationalrat Alfred Heer (SVP)
Gemeinderat Mauro Tuena (SVP)

Anstatt nach echten Spar-Möglichkeiten zu suchen, um die städtischen Finanzen ins Lot zu bringen, will der Stadtrat neue Gebühren erheben.

In Altersheimen zum Beispiel sollen Bewohnerinnen und Bewohner neu Betreuungsgebühren entrichten, auch wenn sie keine Betreuung brauchen. Gegen diese Ausbeutung von AHV-Bezüglerinnen und -Bezüglern wehrt sich die SVP mit allen Mitteln.

Freitag, 5. Dezember 2014, 14.30 Uhr
Alterszentrum Bullinger-Hard,
Bullingerstr. 69, 8004 Zürich

(Tram Nr. 2, 3 und Bus Nr. 31, 33, 72 bis Albisriederplatz)

SVP der Stadt Zürich



Städtische Abstimmungs-Parole

vom 30. November 2014

Verordnung über die Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB)

NEIN

ANGESPANNTE FINANZLAGE DER STADT ZÜRICH

Altersheimbewohner werden geschröpft – Flüchtlingsfamilien vergoldet!

Die Finanzlage der Stadt Zürich ist mehr als nur angespannt – sie ist eigentlich besorgniserregend. Die SVP weist seit einigen Jahren daraufhin, dass das Ausgabenwachstum und damit die Häufung von Defiziten systemisch sind.



Roger Liebi
Gemeinderat
Präsident SVP
Stadt Zürich

Systemisch heisst, dass aufgrund von Organisation, Personalwasserköpfen, von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben und eigenen Wachstumsphantasien so viele Ausgaben und Ausgabenarten geschaffen wurden, dass die Steuererträge – obschon diese Jahr für Jahr Höchststände erreichen – nicht mehr zur Deckung ausreichen.

Sanieren, aber nicht sparen

In der Ära Vollenwyder konnte diese verheerende Politik noch übertüncht werden. Er machte das ganz einfach durch Auflösung von offenen und stillen Reserven. Dem «bedauernswerten», überforderten, neuen Finanzvorstand Daniel Leupi (Grüne) blieb im Januar 2014 nur noch die Erkenntnis: «Es hüt kei Nüssli meh!» – will heissen, die durch die überbordende Verwaltungstätigkeit aufgerissenen Löcher können nicht mehr gestopft werden. Jahrelang wurde die SVP wie immer als Schwarzmalerei verhöhnt, als Kaputt-Sparer geisselet. Dabei wurde halt ganz eben nie gespart, ganz im Gegenteil. Und nun ist der Stadtrat in der misslichen Lage, ein Sanierungsprogramm vorlegen zu müssen. Selbstverständlich tut er das natürlich, wenn möglich ohne wirklich sparen zu müssen. Sehr deutlich verkündete Stadtrat Leupi, dass man auch Steuer- und v.a. Gebührenerhöhungen ins Auge fassen müsse.

Höhere Kosten im Altersheim

Und immer, wenn der Stadtrat aufzeigen will, dass er das nur macht, weil ihn die anderen, besonders die bürgerlichen Parteien, plagen wollen, greift er zu den möglichst unpopulärsten Massnahmen: Anlässlich der Budgetrückweisung durch die bürgerlichen Parteien vor wenigen Jahren verkündete die rot-grüne Regierung, dass es jetzt in den Altersheimen und Alterszentren nur noch Cervelats statt Fleisch zu essen gäbe. Jetzt, mit dem Sanierungsprogramm im Nacken hat der aus 4 Sozialisten, 1 Grünen, 1 Alternativen (das sind die Parteien, die sich angeblich immer für die Menschen, vor allem die sozial schwächeren, einsetzen), 2 FDPern und 1 CVPler bestehende Stadtrat massive Gebühren- bzw. Kostenerhöhungen für Altersheimbewohner beschlossen. Die Bewohner werden mit Mehrkosten von 3650 bis 7300 Franken konfrontiert.

gerlichen Parteien vor wenigen Jahren verkündete die rot-grüne Regierung, dass es jetzt in den Altersheimen und Alterszentren nur noch Cervelats statt Fleisch zu essen gäbe. Jetzt, mit dem Sanierungsprogramm im Nacken hat der aus 4 Sozialisten, 1 Grünen, 1 Alternativen (das sind die Parteien, die sich angeblich immer für die Menschen, vor allem die sozial schwächeren, einsetzen), 2 FDPern und 1 CVPler bestehende Stadtrat massive Gebühren- bzw. Kostenerhöhungen für Altersheimbewohner beschlossen. Die Bewohner werden mit Mehrkosten von 3650 bis 7300 Franken konfrontiert.

gerlichen Parteien vor wenigen Jahren verkündete die rot-grüne Regierung, dass es jetzt in den Altersheimen und Alterszentren nur noch Cervelats statt Fleisch zu essen gäbe. Jetzt, mit dem Sanierungsprogramm im Nacken hat der aus 4 Sozialisten, 1 Grünen, 1 Alternativen (das sind die Parteien, die sich angeblich immer für die Menschen, vor allem die sozial schwächeren, einsetzen), 2 FDPern und 1 CVPler bestehende Stadtrat massive Gebühren- bzw. Kostenerhöhungen für Altersheimbewohner beschlossen. Die Bewohner werden mit Mehrkosten von 3650 bis 7300 Franken konfrontiert.

Senioren nicht zur Kasse bitten

Diese auf die Senioren abgewälzten Kosten könnte man ja versuchen zu verstehen, wenn nicht auf der anderen Seite alle anderen durch die vom selben Stadtrat hoch aufgelegte Sozialindustrie dieser Stadt mit Abermillionen von Franken regelrecht verhätschelt würden. Wir alle kennen den Fall der «Hotelfamilie», den Fall des Zürchers «Carlos». Wir kennen den Fall aus einer anderen Gemeinde der Schweiz, wo eine Flüchtlingsfamilie monatlich (!!!!) über verschiedene Massnahmen 60000 Franken zugewiesen bekam bzw. kostete.

Wir alle kennen die Fälle rund um die Hausbesetzerszene, deren Schäden, die sie verursachen, ganz cool auf den Steuerzahler abgewälzt werden. Und in den Altersheimen der Stadt Zürich werden die Leute, welche ihr Leben lang gearbeitet und Steuern bezahlt haben, nochmals zur Kasse gebeten.

Fazit: Nicht alle Parteien, die das Wort «Sozial» in ihrem Namen oder ihren Leitbildern haben, sind auch wirklich sozial. Im Gegenteil – einige denken in erster Linie an sich selbst, ihre eigenen Jobs und Pfründen.

Die SVP nimmt sich dieser Sache an. Es kann nicht sein, dass alte Menschen auf Granit beissen müssen, wogegen die Nutzniesser des Sozialwahnsinns Wasser aus goldenen Hähnen trinken!

Heute anmelden

SVP der Stadt Zürich
Postfach 6612 8050 Zürich
Telefon 044 310 81 19
sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch



Einladung zur Kantonsrats-Kandidaten-Information

Datum/Zeit: Samstag, 29. November 2014, 9.00 bis 11.45 Uhr
Ort: Restaurant Elefant, Zentrum Witikon, 8053 Zürich

Datum/Zeit:	Samstag, 29. November 2014, 9.00 bis 11.45 Uhr	Ort:	Restaurant Elefant, Zentrum Witikon, 8053 Zürich
Programm:			
09.00	Begrüssung und Einleitung		Bruno Sidler
09.10	Kantonsratswahlen 2015: Ausgangslage / Standortbestimmung / Zielsetzung		Roger Liebi
	Wahlkampfthemen Kanton / Stadt		
09.30	Das Amt des Kantonsrats / Die Arbeit im Kantonsrat (Rückblick / Ausblick)		Lorenz Habicher
09.50	Pause		
10.20	Wahlwerbung		
	Manual Werbekonzept / Werbemittel / Schulungskurse		Alexander Segert, Goal AG
	Persönlicher Wahlkampf / Leserbriefes usw.		
10.50	Strassenwahlkampf / Standaktionen / Strassenaktionen		Christian Mettler
11.00	Der aktive Wahlkampf / Ein Beispiel aus der Praxis		Samuel Balsiger
11.10	Administratives / Diverses		
	Kandidatenlisten / Termine / Kreisprospekte (Texte, Fotos)		Bruno Sidler
11.20	Fragen / Diskussion		
11.35	So gewinnen wir die Kantonsratswahlen 2015		Roger Liebi
11.45	Ende		